

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU**Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.90	Sonstiges Justiz
Produktgruppe:	11.90.01	Senatorische Angelegenheiten Justiz

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird von 5.520 T€ um 35 T€ auf 5.485 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird von 8.624 T€ um 1.385 T€ auf 10.009 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0100	Behörde des Senators für Justiz und Verfassung
Titel:	0100/422 01-8	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter
Der Anschlag wird von 1.170.920 € um 34.750 € auf 1.136.170 € reduziert.		
Kapitel:	0101	Allgemeine Bewilligungen für Justiz und Verfassung
Titel:	0101/974 99-5	Minderausgabe

Der Anschlag wird von - 1.385.000 € um 1.385.000 € auf 0 € erhöht.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU